

John, Bernd

Widersprüchliche Tendenzen der Entwicklung des Bildungsmonopols in der BRD

Vergleichende Pädagogik 24 (1988) 1, S. 55-64



Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:

John, Bernd: Widersprüchliche Tendenzen der Entwicklung des Bildungsmonopols in der BRD - In: Vergleichende Pädagogik 24 (1988) 1, S. 55-64 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-17193

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

Bernd John

Widersprüchliche Tendenzen der Entwicklung des Bildungsmonopols in der BRD

Mitte der achtziger Jahre setzte in der BRD wieder eine umfassendere Diskussion über Stand, Probleme, Aufgaben und Zukunftsperspektiven der Entwicklung des Bildungswesens ein. Vertreter aller politischen Hauptrichtungen betonen mit dem Blick auf das Jahr 2000 die Notwendigkeit einer „zukunftsorientierten Bildungspolitik“ im Zeichen einer „Umbruchperiode mit stürmischen und weitreichenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, deren Folgen heute nur zum Teil absehbar sind, in der aber auf jeden Fall der Stellenwert der Bildung zunimmt“./1/ In der Antwort auf diese Herausforderungen treten die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Strategien der politischen Hauptkräfte der BRD und die dahinter stehenden Menschenbilder deutlicher hervor.

Im Streit der Ideologien nimmt die sozialpolitische Qualität der unterschiedlichen Konzeptionen und Strategien wieder einen wachsenden Stellenwert ein. Eine der zentralen Kategorien für die Analyse und Bewertung der sozialpolitischen Qualität und Richtung der Entwicklung des Bildungswesens ist das Bildungsmonopol. Die Ausprägung des Bildungsmonopols in der BRD wird in den achtziger Jahren durch widersprüchliche Tendenzen charakterisiert. Einerseits zeichnet sich unter der Stabführung der Monopolverbände eine verschärfte Handhabung und Zementierung des Bildungsmonopols als Bestandteil der von CDU, CSU und FDP proklamierten „geistig-moralischen Wende“ und der betriebenen Politik des Sozialabbaus ab, andererseits stößt dieser restriktive Kurs auf verstärkten Widerstand einer sich neu formierenden demokratischen Bewegung.

Die Tendenz der Verschärfung des Bildungsmonopols

Diese sozialreaktionäre Strategie ist durch folgende Prozesse und Merkmale charakterisiert:

Erstens: Das in den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre dominante sozialreformistische und liberale Konzept der Orientierung an „Chancengleichheit“ erweist sich für die einflußreichen Kreise des Monopolkapitals unter den Bedingungen anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und einer qualitativ neuen Reservearmee als ungeeignet, um

der Systemstabilisierung und den veränderten Anforderungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses gerecht zu werden.

„Wenn das Programm der Chancengleichheit im wesentlichen bedeuten soll, daß viel mehr oder gar alle jungen Leute auf eine Rennbahn geschickt werden, die aber an mehreren Stellen so eng ist, daß nur wenige dort hindurch kommen, wohin sie doch alle wollen und hingeschickt worden sind, so kann Bildungspolitik allenfalls als Quelle sozialen Unfriedens, keinesfalls aber als Weg zu höherer sozialer Gerechtigkeit angesehen werden.“/2/

Unter dem Deckmantel biologistischer und nativistischer Begabungstheorien werden **Freiheit und Gleichheit zu gesellschaftlichen Antipoden** erklärt und die Forderung erhoben, daß sich ein Bildungssystem „in erster Linie immer an Begabungen zu orientieren (hat) und nicht an einer formalen Chancengleichheit“./3/ Dementsprechend wird eine Bildungspolitik des wieder **offenen Dualismus von Massen- und Elitebildung** proklamiert und real umgesetzt, die der **geistigen Niederhaltung der Massen und der Sicherung der Privilegien und des Führungsanspruchs der Herrschenden** dient. Seit Beginn der achtziger Jahre erfolgt eine Wiederbelebung des Elitenmythos, um ein geistiges Klima zu schaffen, „in dem Hochbegabte gedeihen können, in dem der Neid und das Anspruchsdenken der Masse und des bloßen Durchschnitts nicht mehr den Ausschlag geben“./4/

Zweitens: Vom Bildungswesen wird mehr **Wettbewerb, Differenzierung und Auslese** gefordert, die **Selektionsmechanismen**

werden auf **allen Stufen des Bildungswesens verstärkt** und **neue Bildungsbarrieren** für die Kinder der Werktätigen errichtet.

- Viele Kinder aus **sozial benachteiligten Familien** werden schon bei Schuleintritt **ausgesiebt** und in Sonderschulen abgeschoben. Entsprechend diesen Praktiken fordern die Kommunisten der BRD, daß hier das Prinzip „Fördern statt Auslesen“ in ganz besonderer Weise durchgesetzt werden muß, daß durch ein demokratisches, öffentliches, kostenloses und allen Kindern zugängliches System der Vorschulerziehung Bildungsbarrieren von Kindern aus sozial benachteiligten und vor allem von ausländischen Familien abgebaut werden. /5/

- Die Grundschule (Klasse 1-4) ist nach wie vor die einzige Schulform, die von nahezu allen Schülern gemeinsam besucht wird. Durch binnendifferenzierende Maßnahmen sollen hier in den Klassen 3 und 4 unterschiedliche **Niveaugruppen** aufgebaut werden,

Grundschule gezielter vornehmen zu können. Zugleich wird in den CDU-regierten Bundesländern das sogenannte „Elternrecht auf freie Schulwahl“ durch Grundschulempfehlungen beziehungsweise -gutachten weiter eingeschränkt. Stimmt dabei die sogenannte „Empfehlung“ nicht mit dem Elternwillen überein, so können die Eltern ihr Kind einem sogenannten „Aufnahmeverfahren“ unterwerfen (Intelligenzprüfung durch Beratungslehrer und zentraler „verschärfter“

Baden-Württemberg gab es 1986 insgesamt 3624 Fälle, in denen Eltern ihre Kinder in ein solches Aufnahmeverfahren schickten. Nur 339 Kindern (9,4 Prozent) gelang der Übergang zum Gymnasium, 682 (19 Prozent) wurden zur Realschule geschickt. /6/

- Die nach der 4. beziehungsweise 6. Klasse (Orientierungsstufe) vorgenommene **soziale Auslese** entscheidet vielfach schon über die berufliche und damit persönliche Zukunft der Kinder. Diese soziale Auslese wird durch die Existenz der ungleichwertigen Schultypen (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) weiter zementiert. Entsprechend den vom Monopolkapital vorgegebenen Leitlinien sind vor allem die

von CDU, CSU und FDP darauf gerichtet,

durch eine stärkere äußere Differenzierung und eine entsprechende inhaltliche Profilierung der einzelnen Schularten die leistungsorientierte soziale Selektion weiter voranzutreiben.

Die in den achtziger Jahren durchgeführten **Lehrplanrevisionen** wurden entsprechend dieser Zielstellung realisiert. So wurden zum Beispiel alle Lehrpläne in Baden-Württemberg unter den Gesichtspunkten des jeweiligen Bildungs- und Erziehungsauftrages der einzelnen Schulformen überarbeitet und in die Schulpraxis eingeführt. Auf diesen Zusammenhang von inhaltlicher und struktureller Entwicklung eingehend, fordert der Vertreter der GEW, Klaus-Jürgen Tillmann, daher als ein entscheidendes Kriterium für die Einführung neuer Lehrpläne die Frage zu stellen: „Leisten sie einen Beitrag zur weiteren Integration der Sekundarstufe I oder bringen sie die Schulformen wieder weiter auseinander?“ /7/

- Ein besonderer Schwerpunkt der Errichtung von Bildungsbarrieren **kere elitäre Ausrichtung des Gymnasiums** dar.

Die Erhöhung des Niveaus und der Qualität des Abiturs, womit zweifellos weitere Potenzen erschlossen werden, wird zugleich mit einer rigorosen Auslese verbunden. Konkurrenzkampf und Leistungsdruck bestimmen mehr und mehr das Klima am Gymnasium. „Und der Unterricht ging von der ersten Stunde an in die vollen. Aller Anspruch des Kindgemäßigen, Freundlichen der Grundschule war weggefegt. Keine Kuschtiere mehr und keine freundlichen Zeichnungen an den Wänden. Leistung von der ersten Stunde an war das Credo. Und wer sich nicht zurechtfindet, wer sich nicht behaupten kann, wer die geforderten Leistungen nicht erbringt, der gehört eben nicht hierher, der geht unter.“ /8/ Die weitere elitäre Ausrichtung des Gymnasiums wird gegenwärtig durch die sogenannte Reform der „reformierten Oberstufe“ vorangetrieben. Dies soll nach den Vorstellungen der konservativen Kultusminister durch die Erhöhung der Verbindlichkeit von Kernfächern (Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Geschichte), der Veränderung des Bewertungsverhältnisses

von Grundkurs zu Leistungskurs (bisher 1:3 nun 1:2) und eine Verschärfung der Abiturprüfungen erreicht werden. Diese bereits in den CDU/CSU-regierten Bundesländern praktizierten beziehungsweise sich im Prozeß der Einführung befindlichen Regelungen (Niedersachsen) sollten durch Beschluß der Kultusministerkonferenz alle Bundesländer verbindlich werden. Dies führte in den letzten beiden Jahren zu heftigen Protesten demokratischer Kräfte insbesondere auch der GEW. Im November 1986 stellt der Bildungsexperte der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Kurt Reumann, fest: „Die Auseinandersetzung hat einen solchen Hitze-grad erreicht, der einen geistigen Bürgerkrieg erwarten läßt.“

Die Tagungen der Kultusministerkonferenz zu dieser Problematik waren begleitet von massiven Schülerprotestdemonstrationen, die sich gegen die angestrebte Verschärfung des Abiturs wandten. Umstritten ist auch die stärkere Einbeziehung berufsbildender Elemente in den Gymnasialunterricht. Hier geht es insbesondere um die Anerkennung der Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen, die von der GEW aufgrund ihrer Integration von Allgemein- und Berufsbildung und ihrer realen Förderung sozial benachteiligter Schüler als „Schule der Zukunft“ für die Sekundarstufe II charakterisiert werden. Wobei gerade das hier verfolgte Prinzip „Fördern statt Auslesen“ den Widerstand der konservativen Kräfte hervorruft. Die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung wird auch in den Technischen Gymnasien beziehungsweise Berufsgymnasien in den CDU-Ländern praktiziert, allerdings ist hier die Auslesequote bei Nichterreichen des Klassenziels sogar noch höher als beim traditionellen Gymnasium.

• Tendenziell zeigt sich, daß die „**Durchlässigkeit** von unten nach oben“, zwischen den einzelnen Schultypen weiter zurückgeht. Das bezieht sich insbesondere auf den Wechsel von der Hauptschule beziehungsweise der Realschule zum Gymnasium. Dagegen nimmt die „Durchlässigkeit von oben nach unten“ (Abgänger vom Gymnasium) weiter zu. Diese Tendenz ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt, wobei sie in Baden-Württemberg be-

sonders deutlich hervortritt. So wechselten zum Beispiel im Schuljahr 1984/85 lediglich 32 Schüler in der Klasse 9 von der Realschule zum Gymnasium, während 1033 Schüler vom Gymnasium in die Realschule zurückgestuft wurden.

Drittens: Neue Bildungsbarrieren wurden durch die unter der Losung der „Haushaltskonsolidierung“ betriebene **Politik der Umverteilung der finanziellen Mittel** erreicht. Von dieser **Politik des Sozialabbaus** war das **gesamte Bildungswesen**, insbesondere auch **die Schule**, unmittelbar betroffen.

Die Kultusminister und Schulsenatoren der Bundesländer sehen aus finanziellen Gründen nur noch geringe Möglichkeiten, neue Lehrer einzustellen, um dem wachsenden Unterrichtsausfall zu begegnen und die pädagogischen Bedingungen an den Schulen weiter zu verbessern. Trotz Lehrer mangels waren nach Angaben der GEW zu Beginn des Schuljahres 1986/87 in der BRD 80 000 Lehrer arbeitslos, wovon vor allem Lehrerabsolventen der Hochschulen und Universitäten betroffen sind. Von einem Lehrerüberschuß kann angesichts der gegenwärtigen Situation an den Schulen und Berufsschulen und des mittelfristig wieder steigenden Lehrbedarfs keine Rede sein. In einer von der Max-Traeger-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie wird darauf hingewiesen, daß bis zum Jahr 2000 rund 150 000 Lehrkräfte neu eingestellt werden müssen, um den Stand von 1984/85 zu halten. Zugleich droht, falls die Politik der Nichteinstellung beziehungsweise Drosselung der Einstellung junger Lehrkräfte durchgehalten wird, eine „Vergreisung der Lehrerschaft“. Die Verfasser der Studie Klaus Klemm und Hermann Budde stellen fest: „Eine finanzpolitisch orientierte Bildungspolitik kann einer pädagogisch verantwortlichen Erziehung nicht gerecht werden.“

Die vorhandenen Finanzmittel in den **Bildungsbudgets** des Bundes und der Länder wurden zugunsten einer Intensivierung der elitären Bildung und zu Lasten der Massenausbildung weiter umverteilt. Die **Bundesausbildungsförderung** wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft praktisch liquidiert. Mit dieser staat-

lichen Beihilfe wurde in den siebziger Jahren vor allem auch Arbeiterkindern der Weg zu höheren Schulen und zum Studium ermöglicht. Es war zwar nur ein kleiner aber wichtiger Schritt zur Verbesserung der Bildungschancen der Werk tätigen, eine Voraussetzung dafür, daß ihr Anteil an den Hochschulen sich im Zeitraum von 1966–1979 von 5,9 Prozent auf 15,7 Prozent erhöhte.

Die Streichung der zentralen Schülerausbildungsförderung und die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehensbasis sind einerseits Ausdruck einer angestrebten „Privatisierung“ der Ausbildungskosten, andererseits stellen sie ein finanzpolitisches Instrument zur Steuerung der individuellen Bildungsnachfrage dar. Damit soll angestrebt werden, schon die Schülerströme in die den Verwertungs- und Herrschaftserfordernissen des Monopolkapitals entsprechenden Bahnen zu lenken.

Gegenwärtig müssen Studenten nach offiziellen Angaben bis zu 64 000 DM für ein Studium aufwenden. Auch wenn sie entsprechend den neuen Regelungen ein Darlehen aufnehmen, welches nach dem Studium zurückgezahlt werden muß, reicht dieser Betrag nicht aus. Der derzeitige Höchstsatz beträgt 788 DM pro Monat, als Mindestbedarf werden vom Hochschulinformationssystem jedoch 863 DM angegeben. Für die Kinder sozialbenachteiligter Schichten, die das Darlehen in Anspruch nehmen müssen, bedeutet dies, neben dem Studium zu „jobben“, um das Notwendigste für den Lebensunterhalt zu verdienen, was zweifellos auch Auswirkungen auf ihre Studienleistungen und die Dauer des Studiums hat. Was nützt es da, daß bei sehr guten Ergebnissen und vorzeitigem Abschluß ein Teil des Darlehens erlassen wird?

Deutlich wird, daß diese Maßnahmen gegen die sozialbenachteiligten Kinder gerichtet sind, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen und den Schulden bei Inanspruchnahme des Darlehens, davon abgehalten werden sollen, ein Studium überhaupt erst aufzunehmen.

Kein Wunder, daß die Abiturienten immer weniger die Absicht haben, zu studieren, waren es 1972 noch 89,7 Prozent, so sind es 1987 lediglich noch 61,4 Prozent. Selbst die

westdeutsche Rektorenkonferenz kommt in einer Untersuchung zu der Erkenntnis: „Die Bafög-Regelung der Bundesregierung hat zu neuen sozialen Barrieren vor den Hochschulen geführt.“ Ihr Präsident fordert, vom Volldarlehen abzugehen und wieder zur ehemaligen Regelung (die Hälfte der Unterstützung als Zuschuß) zurückzukehren. Die FDP und ihr neuer Bildungsminister Möllemann hatten zwar im Wahlkampf und danach Überprüfung und diesbezügliche Veränderungen versprochen, doch sehen sie gegenwärtig keinen Handlungsbedarf. Entscheidungen darüber werden vertagt und sollen frühestens 1988 erfolgen.

Viertens: Beim Eintritt in das Berufsleben treten die **Wirkungen der Verschärfung des Bildungsmonopols** in besonderer Weise hervor. Über eineinhalb Millionen Jugendlichen werden das **Recht auf eine zeitgemäße berufliche Ausbildung, auf eine der Ausbildung entsprechende Tätigkeit und das Recht auf Arbeit vorenthalten**. Besonders kraß treten hier die Widersprüche zwischen der Eigendarstellung der Regierenden und der Realität der Krise zutage.

Im Berufsbildungsbericht 1987 wurde von der Bundesregierung als Erfolg herausgestellt, daß „die Wirtschaft unter dem Druck der geburtenstarken Jahrgänge immer mehr Ausbildungsplätze angeboten“ habe. 1986 seien (bis 30. 9.) 685 000 Ausbildungsplätze verfügbar gewesen. Für jeweils 100 Bewerber geboten worden.

Es wurde im Bericht jedoch eingeräumt, daß nur 92 Prozent tatsächlich hätten vermittelt werden können. In der Debatte zum Berufsbildungsbericht am 25. Juni im Bundestag wurde von SPD und Grünen herausgestellt, daß jährlich 80 000 bis 90 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz erhielten und außerdem immer mehr Jugendliche in Berufen ausgebildet werden, die keine Zukunft haben. Die offiziellen Zahlen stimmen jedoch mit der tatsächlichen Lage nicht überein. Verschwiegen wird die Zahl derjenigen, die ihre Ausbildung nicht beenden können, die die Suche nach einer Lehrstelle wegen Aussichtslosigkeit bereits aufgegeben haben beziehungsweise von vornherein darauf verzichteten. Nach Angaben

des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) waren 1985 insgesamt 325 000 Jugendliche ohne Ausbildung geblieben während es 1986 noch 270 000 waren.

Auf allen Ebenen der beruflichen Ausbildung gibt es gegenwärtig viele Jugendliche, deren Ausbildung keine beziehungsweise keine der Ausbildung entsprechende Berufstätigkeit ermöglicht. Die SPD verweist darauf, daß etwa jeder 5. Jugendliche nicht im erlernten Beruf weiter arbeiten kann, daß 46 Prozent der Jugendlichen ein halbes Jahr nach der Lehre nicht mehr im erlernten Beruf tätig sind. Von den Jugendlichen, die eine Facharbeiterprüfung abgeschlossen haben, waren ein halbes Jahr danach zwischen 15 Prozent und 20 Prozent als Hilfs- beziehungsweise angeleitete Arbeiter tätig. Jeder 4. Facharbeiter hatte in einen anderen Beruf gewechselt.

Ende 1986 waren etwa 500 000 Jugendliche offiziell als Arbeitslose registriert. Von der Arbeitslosigkeit sind besonders Jugendliche ohne Schulabschluß, ohne abgeschlossene Berufsausbildung, junge Frauen sowie ausländische Jugendliche betroffen. Aber auch der Anteil der Arbeitslosen, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, hat sich gegenüber 1979 um das 3,2fache erhöht. Heute ist jeder 5. Jugendliche nach der Ausbildung für kürzere oder längere Zeit arbeitslos. Viele Jugendliche werden in Berufen ausgebildet, in denen bereits hohe Arbeitslosigkeit herrscht, das betrifft insbesondere Metzger, Bäcker, Friseurinnen und Verkäuferinnen.

Als Bestandteil der Tendenz der Verschärfung des Bildungsmonopols erweist sich die Praxis der kapitalistischen Betriebe, die Auswahlverfahren für Lehrstellenbewerber weiter zu effektivieren, um Schulabsolventen mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation aber insbesondere auch der dem Unternehmen genehmen Verhaltensdisposition einzustellen. Die Tatsache, daß immer mehr Abiturienten eine Berufsausbildung aufnehmen, führt zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Realschüler und besonders der Hauptschüler, von denen einzelne sich mehr als 100 mal und öfter erfolglos bewerben mußten. Aber auch jeder 4. Realschulabgänger muß sich mehr als 10 und jeder 6. mehr als

20 mal bewerben. Bemerkenswert ist, daß die Betriebe in dieser Vorauswahl Mädchen gegenüber Jungen eindeutig benachteiligen. Während die Realschüler durchschnittlich 6 bis 7 Bewerbungen schreiben, sind es bei den Realschülerinnen 10.

Fünftens: Neben der Verschärfung der sozialen Selektion und der angestrebten effizienteren Gestaltung der Wechselbeziehungen zwischen Bildungs- und Gesellschaftssystem im Sinne des sozialreaktionären Modells der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ tritt die **Verstärkung der erzieherisch-manipulativen Beeinflussung zur systemkonformen Bewußtseinsbildung als weiterer Grundzug der Bildungsmonopole** deutlich hervor.

Charakteristisch für die gegenwärtigen konservativen Bestrebungen ist es, die Jugend durch eine Intensivierung der Erziehung wieder stärker in ein **produktives Verhältnis zum kapitalistischen System** zu bringen.

Dabei zeichnet sich innerhalb des konservativen Lagers eine zunehmende Differenzierung über die Ziele, Inhalte, Mittel und Methoden der Erziehung ab.

Unter der Losung „Erziehung zur Demokratie“ und „Erziehung für die Zukunft“ werden dabei zum Teil neue Akzente gegenüber der konservativ-autoritären Erziehungsstrategie gesetzt:

- Die **politisch-ideologische**, weltanschaulich-moralische und ethische **Erziehung** erhält einen höheren Stellenwert. Die ideologischen Leitbilder des großbürgerlichen Nationalismus werden aufgewertet und die Frage nach der „nationalen Identität“ der Deutschen zu einer bestimmenden Größe erklärt. Bundeskanzler Kohl fordert, dem „Patriotismus“, der „Vaterlandsliebe“, dem „Umgang mit Symbolen wie Flagge und Hymne“ in der Erziehung eine zentrale Rolle einzuräumen. Ins Zentrum der schulischen Erziehung rückt die Ausprägung einer „Politischen Ethik“ auf der Grundlage irrational gesetzter Kategorien, um die Jugend enger mit der konservativ begründeten Politik und Ideologie von „Heimat, Volks, Vaterland, Nation, Europa, Atlantismus und freie westliche Welt“ zu verbinden./9/

Es erfolgt insbesondere eine Aufwertung des Geschichtsunterrichts. „Zu den schlimmsten bildungspolitischen Fehlern der zurückliegenden Jahre gehört die Vernachlässigung des Fachs Geschichte im weitesten Sinne des Wortes in den Schulen überhaupt und auch an den Gymnasien. Nur wer die Geschichte kennt, vor allem auch die Geschichte seines eigenen Volkes, hat die Chance, in der kulturellen, in der geistigen und sozialen Tradition seines Landes Bindung und Orientierung zu finden.“/10/

Die rechten Vertreter des Konservatismus (Hillgruber, Hupka, Strauß, Dregger und andere) sind bestrebt, durch eine „Pädagogik des Verschweigens“ und einer „Relativierung des Stellenwertes des Faschismus“ in der Geschichte das nationale Bewußtsein von „Schuld und Scham zu reinigen“ und es auf einen militanten Antikommunismus auszurichten./11/ Das zeigt sich unter anderem in den Versuchen, das „Deutschlandlied“ mit allen drei Strophen zum Pflichtbestandteil des Unterrichts zu machen. Das „Lied der Deutschen“ sei die „zarteste Lyrik“, es wäre eine historische Fehlleistung, dieses Lied zu einem „Lied der Nazis“ zu machen./12/

Dieses extrem nationalistische und revan-chistische Geschichtskonzept der Stahlhelmfraktion stößt selbst im konservativen Lager zunehmend auf Widerstand. Vertreter eines flexibleren Konservatismus stellen sich betont in eine antifaschistische und humanistische Tradition mit dem Ziel der Propagierung und Herausbildung eines „gesamtdutschen Nationalbewußtseins“ sowohl als Mittel der inneren Konsensbildung als auch der Systemkonkurrenz.

- Eine weitere Tendenz ist die Ausrichtung der Erziehung auf **konservative Konzeptionen der Lebensweise**. Sie werden verstärkt vorangetrieben. Dabei gewinnen die sogenannten „weichen“ Themen zunehmend an Bedeutung. Gegenüber der konservativ-autoritären Erziehungskonzeption zeichnet sich zunehmend eine Tendenz der „Sensibilisierung“ der Erziehung ab. Das Emotionale, die Sinnlichkeit und das Anschauliche treten in den Vordergrund. Für die Bundesministerin für Familie, Gesundheit und Jugend, Prof. Dr. Rita

Sußmuth, besteht die wesentliche Aufgabe der Erziehung im Einüben des Zusammenlebens, der Orientierung auf „Grundwerte menschlichen Umgangs“.

Auf der Suche nach einer „zukunftsorientierten Lebensweise“ soll man sich wieder stärker an der „christlichen Botschaft“ orientieren. Mitmenschlichkeit, Zuneigung, Mitgefühl, Partnerschaft und religiöses Selbstverständnis seien grundlegende Eigenschaften, die durch eine emotional betonte Erziehung an den Schulen auszuprägen sind./13/

• Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit verschärft sich der Widerspruch, daß die Schule einerseits auf die Arbeit vorbereiten soll, andererseits eine immer größere Anzahl von Jugendlichen direkt von der Schulbank beziehungsweise nach der Berufsausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Das führt zu einem zunehmend **differenzierten Herangehen** an die Erziehung der jungen Generation. Einerseits werden Unternehmergeist, Leistungsbereitschaft und -fähigkeit, Mut, Kreativität und Initiative als „erzieherische Qualifikationen“ zur Vorbereitung auf ein Berufsleben im „Computerzeitalter“ gefordert. Andererseits soll die „Sinnfrage des Lebens“ durch die Erziehung für einen großen Teil der Schüler neu beantwortet werden, für die „die Selbsterfahrung des Menschen, seine Selbstbestimmung nicht nur, vielleicht nicht einmal vorrangig im Beruf erfahren werden“. Entsprechend habe die Schule die Aufgabe, „Freizeit als erfüllte Zeit erfahrbar zu machen“, wie die CDU-Bildungspolitikerin Hanna Renate Laurin fordert. Diese Aufgabe verändere die Bedeutung der Fächer und Fachbereiche Kunst; Musik, Sport und Literatur. Stichworte dieser Erziehungskonzeption, die die „Befähigung zum Genuß“, die „Muße“ ins Zentrum rückt, sind „Neue Nachbarschaft“, „Ehrenamt“, „Begegnung mit sich selbst, mit dem Mitmenschen und mit der Umwelt“, „Versenkung und Ablenkung“, „Nachdenklichkeit und Unterhaltung“./14/

Obwohl es den konservativen und neoliberalen Vertretern gelang, die Rechtsentwicklung in wichtigen Bereichen des Bildungswesens voranzutreiben, zeigt die

reale Entwicklung aber auch, daß es ihnen nicht gelingt, die reaktionäre „Wende“ in vollem, konzipiertem Umfang zu realisieren, demokratische Errungenschaften und Rechte zu liquidieren. Darüber hinaus gibt es heute deutliche Anzeichen für eine sich neu formierende demokratische Bewegung auf bildungspolitischem Gebiet. Kommunisten, Gewerkschafter, Grüne, Vertreter der Sozialdemokratie und anderer fortschrittlichen Kräfte setzen dem restriktiven Kurs der Rechten verstärkten Widerstand entgegen und treten wieder offensiv für eine Demokratisierung des Bildungswesens ein. Unter dem Druck der Forderungen und des

Die Tendenz der „Öffnung des Bildungsmonopols“

Die der Verschärfung entgegen wirkende Tendenz ist durch folgende Merkmale und Prozesse charakterisiert:

Erstens: Die Politik der **Restaurierung des gegliederten Schulwesens** führt zu einer **Vertiefung der Bildungskrise**.

Der saarländische Kultusminister Prof. Dieter Breitenbach (SPD und GEW) stellt hierzu fest: „Unser gesamtes traditionelles Schulsystem steht gegenwärtig vor einem Kollaps. Zurückgehende Schülerzahlen und tiefgreifende Veränderungen gesellschaftlicher Qualifikationsanforderungen haben das bisher so sicher definierte Selbstverständnis von Schule im allgemeinen und den traditionellen Schulformen aus den Angeln gehoben:

– Die Hauptschule verkommt trotz aller bester pädagogischer Anstrengungen der betreffenden Kolleginnen und Kollegen immer mehr zu einer Restschule ohne Perspektive

– Die Realschule definiert sich weiterhin durch eine spezielle und anscheinend motivierte Schülerschaft, die jedoch in zunehmendem Maße vom Gymnasium abgeworben wird.

– Das Gymnasium begreift sich immer noch als hochschulvorbereitende wissenschaftspropädeutische Institution, obwohl bald mehr als 50 Prozent der Abiturienten

für ihre Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Verwaltung alles andere als sogenannte ‚Studierfähigkeit‘ benötigen.“/15/

Zweitens: Es gelang nicht, die **vorhandenen und berechtigten Bildungsansprüche der Eltern sowie der Kinder und Jugendlichen in die gewünschten Bahnen zu lenken und zurückzudrehen.**

Im Gegenteil, die Bildungsbedürfnisse wachsen weiter an. Besuchten 1965 noch 61,3 Prozent der Schüler die Hauptschule, so waren es zwanzig Jahre später nur noch 38,9 Prozent.

Der Anteil der Schüler, die ein Gymnasium besuchten, stieg im gleichen Zeitraum von 22,1 Prozent auf 27,4 Prozent.

Ergebnisse von Meinungsumfragen des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund bestätigen und verdeutlichen die Tendenz wachsender Bildungsbedürfnisse. 1985 wollten nur noch 11 Prozent der befragten Personen über 18 Jahre ihre Kinder auf die Hauptschule schicken, während über die Hälfte (54 Prozent) den Wunsch äußerten, ihr Kind möge das Abitur machen./16/

In einer Anfang 1987 vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Studie wird festgestellt, daß die Hauptschule – noch stärker als bisher vermutet – zu einer „Restschule“ verkomme. Dies werde vor allem durch zwei Trends hervorgerufen:

– Mehr Schüler als je zuvor sind heute Kinder besser ausgebildeter Eltern. Das werde wiederum höhere Bildungsansprüche der nächsten Generation nach sich ziehen, über das Jahr 2000 hinaus.

– Die Zahl der Ausländerkinder, die heute noch für volle Klassen in den Hauptschulen sorgen, wird geringer werden.

Die Schulstudie kommt zum Ergebnis, daß der Realschulabschluß in den neunziger Jahren gesellschaftliche Mindestnorm werde.

Drittens: Die **schulformunabhängige Orientierungs- beziehungsweise Förderstufe** (Klasse 5 und 6), welche in den siebziger Jahren in den SPD-regierten Ländern eingeführt wurde und eine Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit auf 6 Jahre bewirkte, hat sich in der Praxis bewährt.

Wie die Entwicklung in Niedersachsen zeigte, ist die CDU nicht in der Lage und zum Teil auch nicht gewillt, diese in ihrer Grundform abzuschaffen. Die gegenwärtigen Bestrebungen lassen zwar Versuche erkennen, durch Binnendifferenzierung und Niveaueurse, partiell den Fördercharakter zu unterlaufen, doch steht die von den reaktionärsten Vertretern geforderte Liquidierung der Orientierungsstufe nicht auf der Tagesordnung. **Die Tatsache**, daß einmal erkämpfte Errungenschaften heute von den rechten Bildungspolitikern nur noch partiell abgebaut werden können, wird auch die künftige Entwicklung in Hessen bestimmen.

Viertens: Der Forderung der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte nach Einführung eines 10. Hauptschuljahres können sich die für die Bildungspolitik Verantwortlichen immer schwerer entziehen.

Die Realisierung einer **10jährigen allgemeinen Schulbildung für alle Kinder** ist durch die **Einführung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres** beziehungsweise des **sogenannten Berufsgrundbildungsjahres** in vielen Bundesländern schon zur **Möglichkeit geworden**. Viele Jugendliche nutzen – angesichts der Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu erhalten – gerade diese und andere Möglichkeiten der Erweiterung ihrer schulischen Bildung, um ihre Chancen auf dem „Lehrstellenmarkt“ zu erhöhen.

Fünftens: Es gelang nicht, die in den siebziger Jahren errichteten Gesamtschulen wieder abzuschaffen beziehungsweise „auszutrocknen“ und damit das gegliederte Schulsystem in seiner „klassischen“ Form zu restaurieren. Die Errichtung von integrierten Gesamtschulen bedeutet zwar keine Brechung des Bildungsmonopols, doch sind sie eine der wichtigsten bildungspolitischen Errungenschaften des Kampfes der Werktätigen. Die **Tendenz des Abbaus von Gesamtschulen konnte gestoppt** werden, darüber hinaus gibt es **Anzeichen für eine neue bildungspolitische Offensive**, in deren Zentrum die Gesamtschule steht.

Die Existenzberechtigung von Gesamtschulen wird heute selbst von konservativen Bildungspolitikern und Wissenschaft-

lern kaum noch bestritten. In vielen Bundesländern ist die Gesamtschule als 4. Schulform gesetzlich anerkannt. Selbst in Baden-Württemberg, wo sich Kultusminister Mayer-Vorfelder damit brüstet, nicht nur von der Wende zu reden, sondern „sie zu exekutieren“, ist die gesetzliche Anerkennung der drei verbliebenen Gesamtschulen mittlerweile im Gespräch. Bei Umfragen in Nordrhein-Westfalen stimmten 77 Prozent der Bevölkerung dem Statement, „wenn Eltern ihre Kinder in eine Gesamtschule schicken wollen, muß der Staat ihnen dazu Gelegenheit geben“, zu. Nur 12 Prozent lehnten dies ab.

Der Anteil der Schüler, die eine Gesamtschule besuchen, ging im Gegensatz zu den Hauptschülern nicht zurück. Im Gegenteil, er konnte in einigen Bundesländern weiter ausgebaut werden.

In Hamburg besuchten im vergangenen Schuljahr 21,6 Prozent aller Schüler der 5. Klasse eine Gesamtschule. Im Saarland stieg ihr Anteil von 3,7 Prozent im Schuljahr 1985/86 auf 10,3 Prozent 1986/87 und in Nordrhein-Westfalen von 6,7 auf 8,4 Prozent. Dies ist vor allem auch auf die Neugründung von Gesamtschulen zurückzuführen (zum Beispiel 6 im Saarland), die von den SPD-Kultusministern wieder stärker unterstützt werden. Bemerkenswert ist auch, daß in Hamburg Gesamtschulen finanziell, materiell und personell gegenüber dem Gymnasium nicht wie in anderen Bundesländern benachteiligt werden, sondern zum Teil bewußt gefördert und besser ausgestattet werden.

Die positiven Aspekte dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD-Bildungspolitiker heute noch weit davon entfernt sind, ihre einst verkündeten und heute zum Teil wiederbelebten Reformversprechen in die Praxis umzusetzen. Den Forderungen des GEW-Vertreters Klaus-Jürgen Tillmann ist daher voll zuzustimmen: „Die bisherigen Überlegungen gehen von der Voraussetzung aus, daß die Gesamtschule als Schulform neben dem gegliederten Schulsystem steht – daß uns also das viergliedrige Schulsystem noch auf längere Zeit erhalten bleibt. Ich denke, es ist nur realistisch, diese Unterstellung zu machen, jedenfalls habe ich noch nie jemanden gehört, der einen Ausweg aus der Sack-

gasse des ‚individuellen Elternrechts‘ zu nennen weiß. Allerdings darf man zugleich auch nicht müde werden zu betonen, daß das jetzt vorhandene viergliedrige Schulsystem niemals Zielmodell der Bildungsreform war.

Gewerkschaften noch der Deutsche Bildungsrat haben die Gesamtschule je als ergänzende Schulform gesehen.

Die bildungspolitische Zielsetzung war vielmehr stets die gemeinsame Schule für alle Kinder des Volkes. . . Auch wenn für uns die Realisierungschancen gegenwärtig gering erscheinen, gibt es überhaupt keinen Grund, von dieser Vorstellung als Zielsetzung eines demokratischen Bildungssystems abzurücken.“/17/

Die Gesamtschule – als Schule für alle Kinder – wird dabei zum entscheidenden Kriterium für eine fortschrittliche, zukunftsorientierte und den Interessen der Werk-tätigen entsprechende Bildungsprogramm-atik und -politik. Ungeachtet der ideologischen Unterschiede sind sich heute Kommunisten, Gewerkschafter, Teile der Grünen aber auch mehr und mehr Sozialdemokraten darüber einig, daß die Gesamtschule die Schule der Zukunft ist. Bedeutsam ist, daß die SPD diese Zielvorstellung in ihr neues Bildungsprogramm: „Bildung in Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das sozialdemokratische Verständnis von Bildung“ aufgenommen hat. „Deshalb bleibt die Forderung nach einer in allen Stufen gemeinsamen Schule für alle Kinder – der Gesamtschule – aktuell.“/18/

Die reale Bildungspolitik der SPD muß sich künftig an den selbsterhobenen Forderungen messen lassen. Unklar bleibt weiterhin, wie diese Zielvorstellung in die Praxis umgesetzt werden kann, viele Demokraten beklagen mit Recht das Fehlen von konkreten Durchsetzungsstrategien.

Sechstens: Von entscheidender Bedeutung ist, daß es den reaktionären Kräften nicht gelang, die Masse der Lehrer auf Untertanengeist, Konfrontations- und Hochrüstungspolitik sowie Kriegsideologie einzuschwören.

Die **Mehrheit der Pädagogen** der BRD hat erkannt, daß der Krieg heute nicht mehr, wie in vergangenen Zeiten, Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein kann.

Obwohl der größte Teil von ihnen im **bürgerlichen Klassendenken** befangen bleibt, aktiv für das bestehende kapitalistische System eintritt, wenden sie sich auf mehr oder weniger humanistischer Grundlage einer **Erziehung im Geist der Koexistenz**, des friedlichen Wettbewerbs zwischen den Systemen, des Dialogs und der Vernunft zu. Die Kommunisten sehen im Humanismus die entscheidende Potenz und das Bindeglied für das gemeinsame Handeln, um jene aggressivsten Kreise in die Schranken zu weisen, für die Nationalismus und militanter Antikommunismus die Grundwerte der Erziehung bilden, die mit Hilfe der Bedrohungslüge um Verständnis für imperialistische Hochrüstung werben und der Schule einen zentralen Platz im proklamierten Kreuzzug gegen den Sozialismus einräumen.

Die Entwicklung in den achtziger Jahren zeigt, daß die konservative Tendenzwende in der Bildungs- und Schulpolitik nach wie vor bestimmend ist, daß es partiell gelang, neue Potenzen für die Systemstabilisierung zu erschließen; sie zeigt aber auch, daß sie immer mehr auf objektive und subjektive Grenzen trifft. Vom gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte hängt es ab, das Erreichte zu verteidigen und konkrete Ergebnisse im Kampf um demokratischen und sozialen Fortschritt zu erreichen.

Von entscheidender Bedeutung ist dabei, daß trotz der ideologischen Unterschiede die sich ausprägenden Gemeinsamkeiten das Handeln bestimmen. Diese Gemeinsamkeiten beziehen sich auf solche Forderungen wie:

- Erziehung der Jugend zum Frieden,
- humanistische Werte als Grundlage der Bildung und Erziehung,
- Gewährung des Rechts auf eine zeitgemäße wissenschaftliche Bildung und Ausbildung für alle,
- demokratische Reform des Bildungswesens,
- Offensive für die „Gesamtschule – als Schule für alle Kinder“.

- /1/ Krooß, Achim: Rückblick auf 15 Jahre: 15 Jahre Vorausschau? – In: Marxistische Blätter. – Frankfurt a. M. 24(1986)1. – S. 36
- /2/ Zedler, Peter: Stagnation und Bewertungswandel: Zu Stand, Entwicklung und Folgen ausbleibender Strukturreformen im Bildungswesen. – In: Zeitschrift für Pädagogik. – Weinheim 31(1985)4. – S.509
- /3/ Berichte zur Bildungspolitik 1980/81 des Instituts der deutschen Wirtschaft/Uwe Göbel; Winfried Schläffke. – Köln: Dtsch. Institut Verl., 1980. – S.53
- /4/ Zehm, Gunter: Hochbegabt: Der Kommentar. – In: Die Welt. – Bonn (1984–5–7)=106. – S.1
- /5/ Bildung für alle – Ausbildung für alle – Arbeit für alle! Entwurf für das schul- und bildungspolitische Programm der DKP/Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei. – Düsseldorf, 1985. – S.18 f.
- /6/ Spandau, Arnt: „Schulbarrieren“ in Baden-Württemberg: Was taugt die multilaterale Versetzungsordnung? – In: Lehrerzeitung Baden-Württemberg. – Stuttgart 41(1987–6–27)= 13/14. – S.314
- /7/ Tillmann, Klaus-Jürgen: Reformweg in der Sackgasse? Die Entwicklung des Hamburger Sekundarschulwesens von 1979–1984. – In: Die Deutsche Schule. – Frankfurt a. M. 77(1985). – S.117
- /8/ Krooß, Achim: Vier Fäuste für unser Kind – Eltern kämpfen um die Bildungschancen ihres Kindes im Gymnasium. – In: Demokratische Erziehung. – Köln 11(1985)12. – S.14
- /9/ Verantwortung für die Jugend – Erziehung im demokratischen Staat: Rede des Bundeskanzlers in Bonn. – In: Bulletin/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. – Bonn (1985–10–19)= 115. – S.1005–1010
- /10/ Verantwortung des Lehrers in der Demokratie: Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Philologenverband in Bonn. – In: Bulletin/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bonn (1984–06–09)=70. – S.617–623
- /11/ Faller, Kurt: Neu lernen, was es heißt, Deutscher zu sein: Zur Diskussion um eine „nationale Identität“. – In: Demokratische Erziehung. – Köln 13(1987)2. – S.5–11
- /12/ Golo Mann: Deutschlandlied ist „zarteste Lyrik“. – In: Die Welt. – Bonn (1986–07–16)= 162. – S.1
- /13/ Erziehung für die Zukunft: Rede von Bundesminister Prof. Dr. Rita Süßmuth. – In: Bulletin/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. – Bonn (1985–10–19)= 115. – S. 1010–1012
- /14/ Laurien, Hanna-Renate: Die bildungspolitische Herausforderung in Europa. – In: Bildung und Erziehung. – Köln 38(1985)3. S. 91–97
- /15/ Rede von Prof. Dr. Dieter Breitenbach, Minister für Kultus, Bildung und Sport des Saarlands zur Podiumsdiskussion „Eine Schule für alle Kinder – Gesamtschule“/Sozialdemokraten Service Presse Funk TV. – Bonn (1985–09–17). – S. 2
- /16/ Schulwahlentscheidung noch immer schichtspezifisch. – In: Die höhere Schule. – Düsseldorf (1987)1. S.3
- /17/ Tillmann, Klaus-Jürgen: A.a.O., S.117
- /18/ Schulpolitische Vorstellungen im Parteienvergleich – Zitate aus bildungspolitischen Programmen. – In: Die Realschule. – Stuttgart 95(87)1. – S.10